

»Ein Verkauf würde dem Sachsenbad ein Stück seiner Seele entreißen.«

André Schollbach



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Februar 2021

Mit voller Kraft voraus

Die Fraktion DIE LINKE startet mit Energie und Tatendrang ins neue Jahr. Ihr erstes Ziel: Den Verkauf des Sachsenbads verhindern.

» Seite 3



Ist das Kunst? Kann das weg?

Immer mehr Menschen, denen die Gefahr von Corona bewusst ist, stellen die Gewichtung der Anti-Corona-Maßnahmen in Frage. Und zwar grundsätzlich.

Wenn man inmitten erbitterter Gefechte um Corona-Leugnung und Maßnahmenverschärfung mitunter auch etwas länger suchen muss, um die Lichtblicke in der aktuellen Debatte, die richtigen Fragen zu finden, so wird man doch immer häufiger fündig: Warum werden Theater, Gaststätten und Zoos geschlossen, Kontakte rigoros beschränkt, aber die Werkshallen bleiben offen, der Bus zur Arbeit ist gerappelt voll und im Logistik-Center stehen Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter dicht an dicht?

In Basel haben Wissenschaftler genauer ausgemacht, wer die Pan-

demie treibt: Es sind unter anderem junge, mobile Menschen, mit niedrigem Einkommen in beengten Wohnverhältnissen. Sie haben Jobs, die Kontaktlosigkeit nicht zulassen. Ihnen wie auch all denen, die zu zweifeln beginnen, möchte man zurufen: Das Problem heißt Kapitalismus. Um es mit Raul Zelik zu sagen: »Dem Staat ist die Wirtschaft wichtiger als unser Leben.« Kunst und Kultur, Miteinander – kann alles weg. Aber der Jobmotor muss brummen. Diesem Programm sollten wir etwas entgegensetzen.

Wo Bundesregeln in ihren Gewichtungen schwer zu ändern sind,

braucht zumindest das, was im Kapitalismus »weg kann«, Fürsprache. Wie die Kulturloge, die seit Jahren ärmeren Menschen Kultur zugänglich machte, jetzt in Gefahr war, aber auch jetzt gerettet werden konnte.

Siehe städtischer Haushalt, der Jugendhilfe, Soziales und Kultur strukturell sichert, siehe Pläne für ein jüdisches Museum und für ein Begegnungszentrum in der Altstadt. All diese Initiativen entziehen sich der kapitalistischen Verwertungslogik – es braucht sie, wie in dieser Ausgabe deutlich werden soll.

Thomas Feske

ANTRAGSINITIATIVE

Jüdisches Museum für Dresden

Im Juli 2020 hat DIE LINKE gemeinsam mit den Fraktionen SPD, Grüne, CDU und FDP einen Antrag zur Errichtung eines jüdischen Museums in Dresden eingebracht, welcher derzeit verschiedene Stadtratsgremien durchläuft und voraussichtlich in der Ratssitzung Ende Januar beschlossen wird. Das Museum soll die Geschichte jüdischer Menschen im historischen Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen erzählen und darüber hinaus auch die Geschichte jüdischer Menschen im heutigen Polen und Tschechien dokumentieren. Dadurch nimmt es ebenso eine europäische Perspektive ein. Zudem soll das Museum als ein lebendiger Ort fungieren, der für Publikumsverkehr gut zugänglich ist und bestehenden Kulturinitiativen eine Bühne bietet. Trägerschaft und genauer Standort sind jedoch noch nicht festgelegt. In einem Interview berichten die Stadträte Tilo Wirtz und Magnus Hecht über die Entstehung des Antrags. » Seite 4

TOURISMUS

Neues Fußgängerleitsystem



Säule des aktuellen Wegeleitsystems am Pirnaischen Platz

Bisher besaß Dresden ein Wegeleitsystem mit 52 Stelen, welches sich auf den 26er-Ring und die Innere Neustadt konzentriert. Die 2003/2004 aufgestellten Steinsäulen sind grau und unauffällig, zum Teil beschmiert und mit Aufklebern versehen. Dies wird keinesfalls den heutigen Anforderungen einer gelungenen Kommunikation gegenüber Gästen der Stadt gerecht. Im Jahr 2018 reichte DIE LINKE einen Antrag ein, der die Verwaltung beauftragte, ein neues erweitertes Leitsystem zu entwickeln. Es soll unter Beteiligung der örtlichen Initiativen und Vereine entstehen, in der Stadt sichtbar sein und den Ansprüchen einer inklusiven Gesellschaft entsprechen. Darüber hinaus soll das Leitsystem über den 26er-Ring hinaus in weitere Stadtviertel und in einer digitalen Variante auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden. Initiativen vor Ort haben bereits viele Informationen zur Geschichte ihres Stadtteils gesammelt, die sie jetzt schon Tourist:innen zur Verfügung stellen und die im neuen Leitsystem auf jeden Fall aufgenommen werden könnten. Zum Beispiel verteilt der Bürgerverein Hellerau bereits jetzt kleine Fleyer zum Helleraurundgang und in Johannstadt wurden geschichtliche Informationen auf Stelen festgehalten.

Zwei Jahre nach Beschluss des LINKEN-Antrags liegt nun der Vorschlag durch die Verwaltung vor, der noch in den Stadtbezirksbeiräten und in weiteren Gremien, wie beispielsweise im Beirat für Menschen mit Behinderungen, diskutiert werden muss. Hoffentlich bietet gerade letzter noch weiteren Input für das Leitsystem. Allerdings steht in dem gerade beschlossenen Doppelhaushalt für die Umsetzung noch kein Geld zur Verfügung. Also bleibt abzuwarten, wann und in welcher Form das neue Leitsystem in der Stadt schlussendlich installiert werden kann.

Anja Apel

Gedanken zum Haushaltsabschluss

In der letzten Sitzung vor Weihnachten beschloss der Stadtrat den Finanzhaushalt für 2021/22.

Wir ziehen ein Fazit zu den Haushaltsverhandlungen.

Ich bin gebeten worden für unsere Fraktionszeitung noch einmal einige Gedanken zum Beschluss des Doppelhaushaltes 2021/22 im Dresdner Stadtrat beizusteuern. Hintergrund ist, dass unsere Fraktion mich wieder zum Verantwortlichen für die Haushaltsverhandlungen bestimmt hat und ich deshalb an den Verhandlungsrunden mit den anderen Bevollmächtigten teilgenommen habe.

Ich will aber tatsächlich keine Detailergebnisse vorstellen oder den Versuch starten, die Leser:innen mit Anekdoten aus den Verhandlungsrunden zu unterhalten. Vielmehr will ich mich der grundsätzlichen Frage widmen, wie ein Haushaltsbeschluss zu bewerten ist, der von fünf der sieben Stadtratsfraktionen getragen wurde.

Einerseits ist es bemerkenswert, dass sich Grüne, CDU, LINKE, SPD und FDP überhaupt in einer so wesentlichen Frage einigen konnten. Die Differenzen in den grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Auffassungen sind eigentlich per Definition unüberwindlich. Dabei sind nicht Grüne und SPD die Überraschung, die je nach politischer Lage so-

wohl mit der CDU als auch mit der LINKEN kooperieren oder auch koalieren können, auch nicht die FDP, die froh war, trotzdem mit am Tisch zu sitzen, auch wenn ihre zusätzlichen Stimmen keinen Ausschlag in der ohnehin vorhandenen Stimmenmehrheit gegeben hätten, sondern die Zusammenarbeit zwischen LINKEN und CDU.

Unter Wahrung der parteipolitischen Erkennbarkeit im Ergebnis der Haushaltsberatungen ist mit diesem Bündnis eine Selbstermächtigung des Stadtrates verbunden, der seine Rolle als Hauptorgan der Gemeinde wahrgenommen hat und verhindern konnte, aufgrund innerer Konflikte zu einem im Zweifel zufällig agierenden Abnick-Gremium degradiert zu werden. Dazu hat sicherlich auch der Vertrauensverlust beigetragen, den der Oberbürgermeister durch sein oft abschätziges Verhalten im Rat erlitten hat.

Andererseits aber ist damit auch etwas sehr Wichtiges gelungen. Ohne eine unter extremem Druck, wie zum Beispiel bei der Oberbürgermeisterwahl in Görlitz, zustande gekommene »Gemeinsamkeit aller Demokrat:innen« konnte die LINKE mit bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten. Das ist ein außerordentlich gutes Zeichen im Kampf gegen den drohenden weiteren Rechtsruck. Denn, ob unsere Stadt weiter nach rechts rückt, hängt weniger davon ab, ob wir LINKEN besonders stark sind, sondern viel mehr davon, ob die bürgerlichen

Ein gutes Zeichen im Kampf gegen den drohenden weiteren Rechtsruck.

Schichten sich einem Bündnis mit dem erstarken Faschismus öffnen oder nicht. Mit einem Beispiel gelungener Zusammenarbeit zwischen CDU und LINKEN kann all denen Mut gemacht werden, die im bürgerlichen Lager einer solchen Mitte-Links-Option den Vorzug geben würden.

Der Haushalt ist beschlossen worden, ohne dass die beteiligten Fraktionen an die Grenze der Selbstverleugnung gehen mussten. Die AfD und die sehr oft mit der AfD verbündeten Dresdner Freien Wählern hatten keine Gestaltungsoption. Entsprechend böse waren ihre Reaktionen während der Haushaltssitzung des Stadtrates. Vielleicht ist gerade das der größte Erfolg!

Tilo Kiebling



Stadtrat Tilo Kiebling führte für die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat die Haushaltsverhandlungen.



Das Sachsenbad in Pieschen: ein Musterbeispiel der Architektur der Neuen Sachlichkeit der späten zwanziger Jahre.

Neue Hoffnung fürs Sachsenbad?

DIE LINKE setzt sich für die Wiederbelebung des Bades ein. Sie hat bereits mehrere Anträge dazu eingebracht und im Haushalt 2021/22 eine Million Euro für notwendige Sanierungsarbeiten bereitgestellt.

Nach den Plänen von Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) und des bisherigen Baubürgermeisters Raul Schmidt-Lamontain (Grüne) droht dem Sachsenbad das endgültige Aus als Bad. In den vergangenen Monaten bereiteten sie den Verkauf des Gebäudes und dessen Umbau zu Büroflächen vor. DIE LINKE setzt sich hingegen für die Wiederbelebung des Bades ein. Sie hat dazu bereits mehrere Anträge gestellt. Nun könnte es neue Hoffnung geben.

Im Jahr 2016 beauftragte der Petitionsausschuss den Oberbürgermeister, bis Juni des Folgejahres eine Vorlage zu erarbeiten und zu prüfen, ob in dem Gebäude des Sachsenbades ein zeitgemäßes öffentliches Bad eingerichtet werden kann. Sofern die Errichtung eines zeitgemäßen Bades nicht möglich ist, war zu prüfen, ob unter Bewahrung der denkmalpflegerisch bedeutenden Raumstrukturen in dem Gebäude ein teilweise frei finanziertes Bad mit Schwerpunkt Gesundheit, Gesundheitsprävention, Therapie sowie spezielles Schwimmen für Seniorinnen und Senioren und Schwimmunterricht für Kinder eingerichtet werden kann.

Vorlage für Verkauf vorbereitet

In der dazu im März 2018 erstellten Vorlage »Konzeptausschreibung für das Sachsenbad« wird ausgeführt: »Die seitens der Denkmalschutzkriterien am

geeignetsten bewertete Nutzung ist die Einrichtung eines Gesundheits- bzw. Rehabades, zumal es für eine solche Nutzung große Übereinstimmung mit Bürgerinteressen des Ortsamtes sowie Mietinteressenten gibt.« Im Juni 2018 beauftragte der Stadtrat den Oberbürgermeister, eine Konzeptausschreibung für das Sachsenbad durchzuführen. Diese Ausschreibung wurde im September 2018 veröffentlicht und endete im Januar 2019. Anschließend wurde durch Oberbürgermeister Hilbert und den bisherigen Baubürgermeister Schmidt-Lamontain eine Vorlage vorbereitet, mit der dem Sachsenbad nicht nur der Verkauf, sondern auch das endgültige Aus als Bad droht.

Musterbeispiel der Architektur

Dies will die Fraktion DIE LINKE nicht hinnehmen. Sie setzt sich weiter für die Wiederbelebung des in den Jahren 1928/29 von Stadtbaurat Paul Wolf erbauten Sachsenbades als Bad. Dieses gilt als Musterbeispiel der Architektur der Neuen Sachlichkeit der späten 20er Jahre in Dresden. Dazu sagt LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach: »Das Sachsenbad ist ein großartiges architektonisches Dokument der Zeitgeschichte. Viele Menschen wünschen sich von ganzem Herzen, dass unter Erhaltung der Architektur wieder ein Bad entsteht.« Mit einem Umbau des Bades zu Büroflächen würde dem Gebäude »das Herzstück entrissen und die See-

»Es ist eine Schande, wie Dresden sein Sachsenbad hat verkommen lassen.« Tilo Wirtz

le geraubt«, so Schollbach weiter. LINKE-Stadtrat Tilo Wirtz, der Mitglied im Bauausschuss ist, sagt: »Es ist wirklich eine Schande, wie Dresden sein Sachsenbad hat verkommen lassen. Chemnitz hat sein Hallenbad aus dieser Zeit, das Stadtbad, seinerzeit das größte Hallenbad Europas, saniert und betreibt es städtisch.« Der Pieschener Stadtbezirksbeirat Dr. Joachim Adolphi ergänzt: »Der Stolz einer Kulturstadt sollte sich auch auf die Lebenskultur ihrer Normalbürger beziehen können. Als Student bin ich dort noch geschwommen, sollten diese Zeiten vor 50 Jahren bessere gewesen sein?«

LINKE stellt mehrere Anträge zum Sachsenbad

Den Worten folgten Taten. So hat die Fraktion DIE LINKE in den vergangenen Monaten drei Anträge zum Sachsenbad in den Stadtrat eingebracht. Im Hauptantrag schlägt DIE LINKE vor, dass sich der Stadtrat für den Erhalt des

Sachsenbades und dessen Entwicklung als Gesundheitsbad ausspricht.

Weiterhin schlägt die Fraktion die Durchführung einer Anhörung zur Zukunft des Sachsenbades vor. Gemäß § 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates können auf Beschluss des Stadtrates, eines seiner Ausschüsse oder eines Ortsbeirates Sachverständige, betroffene Personen und Personengruppen zur Beratung von Anträgen oder Vorlagen eingeladen und zur Darstellung ihrer Auffassung aufgefordert werden.

Zudem beantragt die Fraktion DIE LINKE, ein Bürgerforum zur Zukunft des Sachsenbades durchzuführen, bevor eine Entscheidung in der Sache durch den Stadtrat getroffen wird. Das Bürgerforum hat den Zweck, nach »dem gleichberechtigten Meinungsaustausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Stadträtinnen und Stadträten und dem Oberbürgermeister« eine Empfehlung zu einem Vorhaben abzugeben. Die Bürgerinitiative »Endlich Wasser ins Sachsenbad« des Vereins Pro Pieschen e.V. hat knapp 3000 Unterschriften dafür gesammelt. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte der ursprünglich angeordnete Termin für das Bürgerforum bisher nicht stattfinden. Für die Pieschener Stadträtin Pia Barkow ist es selbstverständlich, das Bürgerforum abzuwarten, bevor ein Beschluss zum Sachsenbad gefasst wird. Alles andere sei »für alle Bürgerinnen und Bürger, die das Forum durch ihre Unterschrift gefordert haben, ein Schlag ins Gesicht.«

Thomas Feske

SOZIALES

Wie weiter mit Dresdens Kulturloge?



Aktuell sind alle Plätze in Kultureinrichtungen leer, bald aber hoffentlich wieder mit Leben unabhängig vom Einkommen gefüllt.

Seit sieben Jahren vermittelt der Verein KulturLoge Dresden e.V. kostenlos Eintrittskarten für Kultur- und Sportveranstaltungen an Menschen, denen das Geld fehlt, um Konzerte, Handballspiele, Theatervorstellungen etc. zu besuchen. Für viele reicht das Einkommen nicht aus, um auch am kulturellen Leben in der Stadt teilhaben zu können. Andererseits bleiben bei Veranstaltungen oft Plätze leer. Genau hier setzt die Kulturloge an und versucht diese an Menschen zu vermitteln, die gerne an der Veranstaltung teilnehmen würden. Kultur-Gast werden kann man, wenn man weniger als 950 Euro netto Einkommen im Monat zur Verfügung hat.

Die Vermittlung der Karten an die Gäste erfolgt durch Ehrenamtliche. Im Frühjahr 2020 ist es gelungen, eine finanzielle Förderung durch das Sozialamt für eine hauptamtliche Stelle zu

erreichen. Eine Mehrheit des Sozialausschusses stimmte dem Vorschlag der Verwaltung zu, die notwendigen Gelder dafür bereit zu stellen.

Leider hat der Oberbürgermeister eine Fortschreibung dieser Förderung im Haushaltsentwurf 2021/22 abgelehnt, so dass eine Verstärkung derzeit noch ungewiss ist.

In dem vom Stadtrat im Dezember beschlossenen veränderten Haushalt haben wir im Bereich Soziales zusätzlich 300.000 Euro eingestellt, um dort nachzusteuern, wo der Entwurf des Oberbürgermeisters Lücken klaffen ließ. Die Linksfraktion hat sich dafür eingesetzt, die Arbeit der Kulturloge weiterhin zu fördern und genau dafür einen Teil dieser zusätzlichen Mittel einzusetzen. Nun gilt es erneut eine Mehrheit im Sozialausschuss davon zu überzeugen, diese wertvolle Arbeit der Kulturloge durch die Finanzierung einer festen Stelle zu sichern.

Pia Barkow

Ein Jüdisches Museum in Dresden

Im Sommer 2020 reichten fünf Fraktionen gemeinsam einen Antrag zur Einrichtung eines Museums zur Geschichte und Entwicklung jüdischen Lebens ein. Die Stadträte Tilo Wirtz und Magnus Hecht berichten über den Entstehungsprozess dieses Antrags

Was war die Intention dieses Antrags?

Tilo Wirtz: Auf dem Gebiet der neuen Bundesländer gibt es nur in Berlin und Erfurt Jüdische Museen. 30 Jahre nach der Wende besteht da Nachholbedarf. Außerdem existiert eine schmerzhaft große Lücke in der Dokumentation der jüdischen Geschichte im Länderdreieck Böhmen, Schlesien und Sachsen. Ihre grenzübergreifende Verbindung ist bemerkenswert.

Welche Aspekte soll das Museum genau umfassen?

Magnus Hecht: Für mich ist wichtig, das Leben und die aktuellen Themen der jüdischen Mitbürger:innen darzustellen. Ich möchte in dem Museum auch einen Veranstaltungsraum integrieren. Und es ist besonders wichtig, dass alle bisher aktiven jüdischen Akteur:innen, wie zum Beispiel die jüdische Woche, in die Konzeption des Museums einbezogen werden.

Welche Rolle spielt die Jüdische Gemeinde in Dresden bei der Entstehung des Museums?

Tilo Wirtz: Der Impuls für den Antrag ging vom Verein zur Förderung des Jüdischen Museums e.V. aus. Bei der



Der Davidsstern an der alten Totenhalle und Synagoge, Fiedlerstraße Dresden. Ein Ort jüdischer Geschichte in Dresden.

Entwicklung des Antrages war der Gemeindevorsitzende, der Dirigent Michael Hurshell, direkt beteiligt. Außerdem gab es schon zu den diskutierten Standorten eine lebhaft öffentliche Diskussion.

Worüber genau wurde diskutiert? Was war das Problem?

Tilo Wirtz: Im Antrag sind als mögliche Standorte der Alte Leipziger Bahnhof und eine Rekonstruktion des Palais Kaskel-Oppenheim von Semper erwähnt. Problematisch ist bei beiden Standorten,

dass die Grundstücke in Privatbesitz sind. Das eine beim Globus-Konzern, das andere zunächst bei Immovation, gestern bei der Gerchgroup, heute bei Ketteler - und morgen ...? Beide Standorte liefern unterschiedliche Ansätze: Der Alte Leipziger Bahnhof als Ort der Deportation steht im Kontext des Holocaust in Dresden und bietet damit nicht nur einen jüdischen, sondern eben auch einen zutiefst deutschen Zusammenhang, während das Palais Kaskel-Oppenheim großbürgerliche jüdische Geschichte im

19. Jahrhundert im Rahmen von Emanzipation, Assimilation und Partizipation in der Gesellschaft manifestiert.

Gibt es schon Überlegungen, wer die Trägerschaft und Finanzierung des Museums übernehmen soll?

Magnus Hecht: Trägerschaft und Finanzierung des Museums sind konzeptuell noch nicht dargelegt worden. Das wird eine Herausforderung für alle Beteiligten sein, denn hier sind viele Konstellationen denkbar. Undenkbar ist aber, dass die Aufgabe ohne Finanzierung durch den Freistaat Sachsen möglich ist, der sich in Gestalt seines Beauftragten für das jüdische Leben hinter das Vorhaben gestellt hat.

Tilo Wirtz: Es ist klar, dass eine Trägerschaft für ein Jüdisches Museum für Sachsen, Thüringen, Schlesien und Böhmen auf breite Schultern verteilt werden soll, am besten in Form einer Stiftung. Natürlich die Jüdischen Gemeinden, die Regionen wie der Freistaat Sachsen und die Kommune Dresden. Überhaupt ist die Konzeption für ein Museum, was auch eine kulturell lebendige Bühne der Gegenwart und nicht nur ein Archiv der Vergangenheit sein soll, zunächst wichtiger als der spätere Standort.

Die Fragen stellte Jana Neveling

Das Festspielhaus Hellerau wandelt sich

LINKEN-Stadtbezirksbeirätin *Esther Ludwig* forscht zur Geschichte des Festspielhaus Hellerau. Erfahren Sie, was nach 1940 geschah.

Nachdem 1940 die ersten drei Kompanien in Hellerau stationiert waren, verpachtete die Gartenstadt Hellerau GmbH neben dem vorher lange Zeit leerstehenden Festspielhaus an das Polizei-Lehrbataillon auch einen Sportplatz. In einem Schreiben vom 10. September 1942 beschwerte sie sich bei Major Enge, dass die vertraglich festgelegten Absprachen bezüglich der Nutzungsbedingungen nicht mehr eingehalten werden. Danach waren auf dem Sportplatz und auf dem dazu gehörigen Gelände Schieß- und Gefechtsübungen verboten. Die Nutzung war nur auf Exerzier- und Sportübungen beschränkt. Entgegen dieser Abmachung hatten jedoch Gefechtsübungen sogar unter Verwendung von Maschinengewehren stattgefunden. Die GmbH nahm an, dass es sich um ein Missverständnis handelte. Später wurden ebenfalls ohne Erlaubnis sogar Bunker für die Ausbildung auf dem gepachteten Gelände gebaut. Außerdem wurde das umliegende, auch der GmbH gehörige Gelände, nach Belieben benutzt. Aufgeforstete Landstreifen am Heller-Exerzierplatz und am Pillnitz-Moritzburger-Weg wurden beschädigt und die Polizeischüler fielen durch weiteres, nicht polizeigemäßes Verhalten auf.



Das Festspielhaus Hellerau mit dem ehemaligen Kasernenflügel.

Die hier geschilderten Schieß- und Gefechtsübungen waren jedoch kein Missverständnis. Sie gehörten zur Ausbildung der Polizeianwärter und Polizeioffiziere ebenso wie der Umgang mit schweren Waffen. Das Gefechtsschießen und andere militärische Übungen fanden jedoch nicht nur auf dem Sportplatz, sondern auch in Königsbrück statt.

Der Truppenübungsplatz bot einen unverzichtbaren Standortvorteil für Hellerau, der auch für die ungefähr ab Sommer 1941 in Hellerau beginnende Offiziersausbildung von Bedeutung war. Nur dort konnten die zukünftigen Polizeioffiziere das theoretisch vermittelte Wissen praktisch umsetzen. Königsbrück war sogar reichsweit der belieb-

teste Platz für solche Zwecke. Und die dafür notwendigen Lehrpläne konnten vom Polizeilehrbataillon Hellerau übernommen werden.

Worin bestanden diese Lehrpläne? Nachdem im Winter 1941/42 die Polizeiverbände schwere Verluste erlitten hatten, die auch auf die mangelnde Ausrüstung zurückzuführen waren, ordnete Hitler für die Ordnungspolizei die Bewaffnung mit schweren Waffen an. Und Hellerau war offensichtlich die erste Polizeischule, die schwere Infanteriewaffen für die Ausbildung erhielt. Hierzu gehörte auch ein schwerer Granatwerfer mit einem Kaliber von 8 Zentimetern, einer Feuergeschwindigkeit von 12 Schuss pro Minute sowie einer Schussweite von 60 bis 1900 Metern.

Der Truppenübungsplatz bot einen Standortvorteil für Hellerau.

Im Sommer 1942 fand beispielsweise eine Gefechtsübung in Königsbrück statt. Hier lernten die Unterführer, dass der Granatwerfer als Unterstützungswaffe im Angriff im Wesentlichen gegen in Deckung liegende oder nur für kurze Zeit sichtbare Einzelziele, deren Bekämpfung nicht durch MG möglich war, aber nicht gegen Häuser, sondern nur gegen lebende Objekte eingesetzt werden sollte. Der scharfe Knall hätte außerdem eine starke seelische Wirkung.

■ Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

DRESDNER ORTSCHAFTEN

Schüler:innenbeförderung und sichere Schulwege gewährleisten!



Die Schüler:innenbeförderung und Schulwegesicherheit in den westlichen Dresdner Ortschaften muss dringend ausgebaut und verbessert werden.

Die Beförderung von Schüler:innen durch den öffentlichen Personennahverkehr ist ein fester und wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Für die Kinder und Jugendlichen in den westlichen Dresdner Ortschaften bestehen dabei allerdings erhebliche Mängel. Die Ortschaften schilderten die Problematik bereits eingehend und berichteten von Wartezeiten über eine Stunde nach Schulschluss, die im Freien verbracht werden mussten. Inzwischen haben sich die Probleme ins Unerträgliche verschärft, sodass Schüler:innen aufgrund zu geringer Transportkapazitäten nicht mehr mitgenommen werden und ihren Schulweg so gar nicht antreten können. Sie sind damit wieder auf ihre Eltern angewiesen oder müssen, auch in der dunklen und kalten Jahreszeit, mindestens eine Stunde auf den nächsten Bus warten.

Dabei warb die Landeshauptstadt im Amtsblatt sogar dafür, dass Kinder und Jugendliche ihren Schulweg

eigenständig, ohne sogenannte Elterntaxis, bewältigen sollen.

Ein Schulweg zu Fuß ist für die Schüler:innen in den Ortschaften dabei keine Option, da die Ausdünnung im ländlichen Raum ohnehin dazu beigetragen hat, dass es mittlerweile keine Freizeitangebote, Einkaufszentren, geschweige denn Schulen gibt, die man überhaupt noch zu Fuß erreichen könnte.

Die Fraktion DIE LINKE hat einen Antrag eingebracht, mit dem die mangelnde ÖPNV-Versorgung, konkrete Sicherheitsmängel bei Übergängen an Haltestellen sowie eine mittelfristige Anbindung zum Gymnasium Cotta nun angegangen werden sollen. Ebenso hat sich unsere Fraktion im Zuge der Haushaltsverhandlungen bereits erfolgreich für eine bessere Taktung der Busse für die Schüler:innenbeförderung eingesetzt, sodass nun im Doppelhaushalt 2021/22 die notwendigen Gelder dafür bereit gestellt werden.

Katharina Hanser

TU DRESDEN

Der Campus Süd wächst

Die Zahl der Studierenden an der TU Dresden wächst weiter. Der Exzellenzstatus sorgt zudem für üppige Fördermittel. Was der Technischen Universität hingegen fehlt, ist ausreichend Platz für neue Forschungs- und Lehreinrichtungen. Der Campus platzt aus allen Nähten, weshalb seit Jahren unterschiedliche Varianten für die Erweiterung diskutiert wurden. Dabei stellte der Mangel an geeigneten Flächen das Hauptproblem dar. Der Freistaat Sachsen hat sich als Bauherr mit der Landeshauptstadt auf die Flächen südlich der Nöthnitzer Straße verständigt. Hier soll in den nächsten Jahren eine Technologiemeile entstehen. Der Bebauungsplan sieht vor, die verbliebenen Lücken entlang der etwa einen Kilometer langen Achse zwischen Bergstraße und Münchner Straße zu schließen. In zweiter Reihe sind zudem weitere Institutsgebäude angedacht. Diese sollen direkt an den geplanten Südpark anschließen, der seit zwei Jahren auf der großen Freifläche nördlich der Kohlenstraße entsteht.



TU-Erweiterung auf der grünen Wiese
Richtung Südhang

Zum Bebauungsplan gab es ein umfangreiches Bürgerbeteiligungsverfahren, bei dem der Umwelt- und Grünflächenschutz eine besonders große Rolle gespielt hat. Die Funktion der zu bebauenden Flächen als Frischluftschneise und Rückzugsort ist von erheblicher Bedeutung für die angrenzenden Wohngebiete. Die Belange eines Kleingartenvereins sowie mehrerer bereits bestehender Forschungsinstitute fanden umfangreiche Berücksichtigung. Im Zuge der Bebauung soll endlich auch die Kita »Farbenwelt« abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. Wir werden als Fraktion darauf achten, dass der Vielzahl an unterschiedlichen Interessen bei der Umsetzung des Bebauungsplanes Rechnung getragen wird, damit die Campuserweiterung eine möglichst breite Akzeptanz in der Bevölkerung erfährt. *Anne Holowenko*



Zwischen Ferdinandplatz und Georgsplatz: der Bauplatz für das Verwaltungszentrum.

Seid verschlungen, Millionen!

Neubau am Ferdinandplatz: Die Verwaltung schwärmte von einem umweltgerechten Tesla, bezahlt einen konventionellen Mercedes und bekommt einen artigen, kleinbürgerlichen Škoda ohne Extras.

Mit Beginn der Adventszeit wurde endlich Licht in das Dunkel eines der am strengsten gehüteten Geheimnisse der Dresdner Stadtverwaltung gelassen, den Entwürfen zum neuen Verwaltungszentrum am Ferdinandplatz im Rahmen des »Wettbewerblichen Dialoges«. Der Wettbewerbliche Dialog ist ein Ausschreibungsverfahren für besonders komplizierte und vor allem neuartige Vorhaben, bei denen eigentlich vor Beauftragung die Lösungen erst herausgefunden werden sollen, »mit denen die Problemstellungen des Auftraggebers des komplexen Problems gelöst werden können beziehungsweise mit denen die Bedürfnisse und der angestrebte Nutzen des Auftraggebers befriedigt werden«, wie es im trockenen EU-Verwaltungsdeutsch heißt. Verwaltungszentren sind jetzt nicht so innovativ, allerdings kann das Verfahren auch dazu genutzt werden, einen Festpreis auszuhandeln. Richtig ist, dass mehr Kostensicherheit besteht, richtig ist aber auch, dass die Baukosten von vornherein teurer

Die Verhandlungsrunden laufen hinter den Kulissen völlig intransparent.

sind, wie Rechnungshöfe herausgefunden haben wollen, wodurch es für die öffentlichen Kassen aufs gleiche hinausläuft.

Die Verhandlungsrunden laufen dabei hinter den Kulissen völlig intransparent zwischen Verwaltung und Bewerbern. In den Jurysitzungen, wenn die Ver-

meidung eines Mindestmaßes an Öffentlichkeit in Form von Mitgliedern des Stadtrates unumgänglich ist, fehlt zu Beginn keiner Sitzung die Einschwörung auf die Omertà, einer mafiosen Schweigepflicht über die Entwürfe und die Bewertungen.

Ab 2017 hatte die Stadtverwaltung mittels einer Drohkulisse Druck gemacht, die von der TLG angemieteten ehemaligen Robotron-Gebäude stünden alsbald zum Abriss und auch sonst drohe der Verwaltung die Obdachlosigkeit wegen der Baufälligkeit des Neuen Rathauses. Drei Jahre später steht aber die St. Petersburger Straße immer noch und inzwischen liegen Offerten zumindest eines namhaften Vermieters vor, der die benötigten Flächen, fürs erste 30.000 Quadratmeter im Stück, an die Stadt für günstig Geld vermieten könnte. Denn, dass die Drewag ihren Standort Rosenstraße aufgibt und ein eigenes vergleichsweise preisgünstiges Bürohaus hinter dem Enso-Gebäude errichtet, war seinerzeit nicht erwähnt worden.

Zudem ist die Eigenerrichtung gegenüber einer Anmietung unwirtschaftlich. 116 Millionen Euro müssen auf Kredit finanziert und mit der Miete abgestottert werden, hinzu kommen der Eigenanteil der Stadt am Bau mit knapp zwanzig Millionen, die Millionen für das Schikaniergrundstück und der kalkulatorische Wert des Grundstückes in Bestlage. Auch der Ansatz des »Shared Desktops«, also keine festen Arbeitsplätze mehr, sondern Büromaden, die auf der »Reise nach Jerusalem« früh die besten Plätze im Großraumbüro ergattern wollen, wirkt in Zeiten einer Pandemie aus der Zeit gefallen.

Nun ist garnichts über die Entwürfe geschrieben worden. Aber der Verfasser dieses Artikels gehört der Jury an und muss schweigen. Und hat Angst, vom Oberbürgermeister persönlich in den Grundstein einbetoniert zu werden, wenn er zu viel singt. *Tilo Wirtz*

Nachhaltige Tretminen-Entfernung in Dresden?

Plastikbeutel zur Entfernung von Hundekot werden zu einer Belastung der Umwelt. Könnte eine kompostierbare Variante dieser Beutelchen die Lösung des Problems sein?

Beim Einkauf werden Plastiktüten zunehmend durch verschiedenste Mehrwegbehältnisse ersetzt. Bereits seit 2016 gibt es eine freiwillige Selbstverpflichtung des Handels, Plastiktaschen an der Ladenkasse nicht umsonst rauszugeben. Auch Loseläden sind mehr und mehr im Trend. Doch trotzdem schwimmen noch immer Tonnen an Plastikmüll in unseren Weltmeeren.

Doch an welchen Stellen ist Verpackung unerlässlich? Man kann als Beispiel die Entsorgung von Hundekot anführen, sogenannte Tretminen, welche die geliebten Vierbeiner auf Gewegen, Wiesen oder Parkanlagen hinterlassen. Hundekot-Tütenspende

mit entsprechenden Abfallbehältern sollten seit 1999 im Stadtgebiet von Dresden die Lösung bringen. In Summe stehen im Stadtgebiet 57 Hundekotbeutelspender mit Kotbehältern (35 der Firma HaiDog und 22 der Firma Dog-Station). Ihre Bewirtschaftung kostet die Stadt jährlich fast 25.000 Euro.

Die handelsüblichen Hundekotbeutel bestehen aus Polyethylen, aus verarbeitetem Erdöl, und sind daher in ihrer Herstellung nicht nachhaltig. Bereits 2017 wurde seitens des Oberbürgermeisters berichtet, dass das Einführen der Hundekotspender lediglich zu einer geringen Verbesserung führte: »Weiterhin werden Hundekothaufen liegen gelassen. Auch in unmittelbarer Nähe der Hundetoiletten.« Laut einer Statistik von Organic Dog werden in Deutschland pro Jahr schätzungsweise 500 Millionen Beutel verbraucht – eine kaum vorstellbare Menge zusätzlichen Plastikmülls.

Bisher werden Kotbeutelbehälter nur zu 40 Prozent mit recyclebaren Tüten bestückt. Die vollständige Verwendung von Tüten aus kompostierbarem Material könnte dieses Problem lösen. Und diese gibt es auch bereits, verschiedene Anbieter vertreiben mittlerweile kompostierbare Hundekotbeutel. So bietet zum Beispiel Organic Dog Life Berlin 100 Prozent plastikfreie und vollständig kompostierbare Beutel an. Diese werden auf Basis von Pflanzenmaterialien, auf Maisbasis, pflanzlichen Ölen und kompostierbaren Polymeren produziert, sind dabei trotzdem so stabil und nutzbar wie herkömmliche Plastikbeutel.

Um einen weiteren Schritt in eine – noch ferne – plastikfreie Zukunft zu beschreiten, erarbeitet die Fraktion DIE LINKE derzeit einen Antrag zur Bestückung der Dresdner Hundekotspender mit kompostierbaren Tüten.

Margot Gaitzsch



Kompostierbare Hundekotbeutel sollen für weniger Plastikmüll in Dresdner Parks sorgen.



DIGITALE SCHULEN IN SACHSEN

Zügige Umsetzung der Richtlinie

In der letzten Ratssitzung vor Weihnachten beschloss der Stadtrat, dass die Stesad die Umsetzung von Maßnahmen nach der Richtlinie »Digitale Schulen« nun übernehmen soll. Die dafür bereits bewilligten Fördergelder von rund 28 Millionen Euro durch die Sächsische Aufbaubank müssen bis Oktober 2024 in die Ertüchtigung und Schaffung von passiven Datennetzwerkstrukturen investiert werden, sprich: in eine ordentliche Anbindung der Dresdner Schulen ans Internet. Die gegenwärtig schwierige Situation des Heimunterrichts während der Corona-Pandemie zeigt die Notwendigkeit einer raschen Umsetzung.

Die Redaktion

ANTRAGSINITIATIVE

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bekämpfen

Am 4. Oktober 2020 kam es in Dresden zu einer Messerattacke gegen zwei Menschen, bei der eine der beiden attackierten Personen seinen Verletzungen erlag. Bei den Opfern handelte es sich um ein homosexuelles Paar und es ist wahrscheinlich, dass der Täter aus homophoben Gründen gehandelt hat. Sollte dies so sein, dann wäre das nicht das erste Mal, dass hier in Dresden homosexuelle Menschen Opfer von Gewalt werden.

Die Fraktion DIE LINKE verurteilt sämtliche Taten, die sich gegen eine offene Gesellschaft, ein selbstbestimmtes Leben und Diversität richten. Hierbei spielt es auch keine Rolle, ob die Motivation für solche Taten eine rechte, nationalsozialistische, islamistische – welcher von Konservativen und Rechten auch gern fälschlicherweise mit dem Islam gleichgesetzt wird –



oder andere menschenverachtende Ideologie ist. Die Feinde der Demokratie und des Menschen sind eben nicht nur auf den montäglichen Demonstrationen zu finden.

Daher sollte die Arbeit von Vereinen und Projekten, die zur politischen Aufklärung und Bildung beitragen, noch weiter ausgebaut werden, damit die Zahl menschenfeindlicher Übergriffe nicht ständig weiter steigt.

Die Fraktion DIE LINKE hat aus diesem Grund in einem Antrag die Einrichtung eines Fonds in Höhe von 50.000 Euro gefordert, mit dem bereits bestehende Fördermöglichkeiten für Vereine und Projekte unterstützt werden sollen, die sich für ein selbstbestimmtes Leben sowie sich für Demokratie einsetzen. Der Antrag soll eine konkrete Maßnahme sein, um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wirksam zu bekämpfen.

Leo Lentz



Die Verwaltung muss dringend für eine bessere technische Ausstattung des Gesundheitsamts sorgen.

GESUNDHEITSAMT Uralt-Technik behindert schnelles Handeln

Einige Bürger:innen in Dresden berichten, dass das Gesundheitsamt immer länger brauche um Quarantäne-Bescheide zu versenden. Teilweise kamen diese erst nach Wochen bei den Betroffenen an. Angesichts der gegenwärtig hohen Infektionszahlen ist es kaum verwunderlich, dass eine gründliche Kontaktverfolgung seine Zeit braucht, obwohl das Personal stetig aufgestockt wird.

Verbesserungsbedarf sieht Stadtrat Christopher Colditz, Mitglied im Gesundheitsausschuss, allerdings an einer anderen Stelle, und zwar an der technischen Infrastruktur. »Was hat Dirk Hilbert eigentlich in den letzten zehn Monaten der Corona-Pandemie gemacht? Das Gesundheitsamt quält sich noch immer mit überalterter Servertechnik herum, sodass Menschen noch auf ihre Quarantänebescheide aus Mitte November warten müssen! Auch das nur ein geringer Teil der Belegschaft im Gesundheitsamt mit einem Laptop ausgestattet ist, lässt sich nicht nachvollziehen. Gerade die Mitarbeiter:innen im Gesundheitsamt werden besonders jetzt zur Nachverfolgung von Infektionsketten benötigt, sie sollten besser geschützt und ihnen das Homeoffice ermöglicht werden.« *Die Redaktion*

ANTRAGSINITIATIVE

Beteiligungszentrum für die Innere Altstadt

Mit einem gemeinsamen Antrag von LINKEN und Grünen soll ein Konzept für ein Vernetzungs- und Beteiligungszentrum in der inneren Altstadt geschaffen werden. Damit sollen verschiedensten Akteur:innen und Akteuren Räume zur Verfügung gestellt werden, um diese für verschiedenste Veranstaltungen nutzen zu können und Begegnungen zu ermöglichen. Durch die Erschaffung einer Begegnungsstätte soll auch die Fortführung des Projektes »Zur Tonne« gesichert werden. Mit diesem Projekt werden Lebensmittel, die noch frisch sind, deren Mindesthaltbarkeitsdatum jedoch überschritten ist, zu einem Abendmenü verarbeitet. Für dieses zahlt man nur so viel, wie man möchte oder erübrigen kann. Allgegenwärtige Lebensmittelverschwendung soll damit verringert werden und gleichzeitig sollen Menschen zusammengebracht werden. Allerdings ist das Projekt »Zur Tonne« ein Zukunftsstadtprojekt, welches im Dezember dieses Jahres ausläuft. Dieses Projekt in Zusammenarbeit mit dem Tafel e.V. und der Treberhilfe eine Zukunft zu geben, ist ein wichtiges Anliegen des interfraktionellen Antrags. *Die Redaktion*



Das Beteiligungszentrum fördert Begegnungen.

KULTURAUSSCHUSS

AfD und Freie Wähler blockieren Kulturförderung



AfD und Freie Wähler sind ein Hemmklotz für die kulturelle Entwicklung Dresdens.

Skandal kurz vor Weihnachten: In der Sonder Sitzung des Kulturausschusses nur drei Tage vor Weihnachten verhinderten die Vertreter von AfD und Freien Wählern den Beschluss für

die Kommunale Kulturförderung für 2021. Mit einem Minderheitenvotum von vier Stimmen hieften sie die Beschlussfassung in den Stadtrat. Da dieser erst am 28. Januar wieder tagt, müssen nun sämtliche Vereine und Initiativen bis weit in das neue

Jahr hinein warten, bis sie Klarheit über ihre städtische Förderung haben. Zur Abstimmung im Ausschuss standen neben den entsprechenden Vorlagen zur institutionellen wie zur Projektförderung zwei interfraktionelle Änderungsanträge der LINKEN, Grünen, CDU, SPD und FDP, mit denen die Haushaltsbeschlüsse vom vergangenen Donnerstag umgesetzt und ein großer Teil der ursprünglich vorgesehenen Kürzungen bei den kulturellen Vereinen zurückgenommen werden sollten. Weder die Vertreter der AfD noch die Vertreterin der Freien Wähler hatten konkrete Änderungswünsche, ihr Verhalten war rein auf Verhinderung ausgerichtet. *Die Redaktion*

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
Fax: 0351/4882823
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion

Thomas Feske, Jana Neveling,
Susann Dietzschold

Autor*innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Thomas Feske,
Margot Gaitzsch, Katharina Hanser,
Anne Holowenko, Tilo Kießling, Leo Lentz,
Esther Ludwig, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss

7.1.2021

Bildnachweise

Nicman/pixabay.com (1); Jana Neveling (2); Archiv der Fraktion (2); Dominik_Alexander_1977/pixabay.com (3); Theater/piqsels (4); Tilo Wirtz (4, 5, 6); Haltestelle/piqsels (5); Hundekotbeutel/piqsels (7); Unterricht digital/piqsels (7); Demonstration/piqsels (7); Computer/piqsels (8); StartupStockPhotos/pixabay (8); Konzert/piqsels (8)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Druck

LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat